

**Nr. 59 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 9. Mai 1892***RS. (und RK.)*

Gegenwärtige: der k. k. Ministerpräsident Graf Taaffe (10. 5.), der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Szapáry (14. 6.), der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay (11. 5.), der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer (13. 5.), der k. k. Ackerbauminister Graf Falkenhayn (13. 5.), der kgl. ung. Finanzminister Wekerle (1. 6.), der k. k. Finanzminister Steinbach (13. 5.), der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager v. Szögyény-Marich (19. 5.), der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck (24. 5.), der k. u. k. Sektionschef Ritter v. Röckenzaun, der k. u. k. Marineoberkommissär Fehr.

Protokollführer: Sektionsrat Jettel.

Gegenstand: Delegationsvorlagen.

KZ. 26 – RMRZ. 375

Protokoll des zu Wien am 9. Mai 1892 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitze des k. u. k. gemeinsamen Ministers des Äußern Grafen Kálnoky.

Der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer macht davon Mitteilung, daß er, um den Wünschen der beiden Finanzminister nach Möglichkeit entgegenzukommen, die gestern offengelassenen Posten einer nochmaligen Prüfung unterzogen habe und in der Lage sei, der Konferenz folgenden Herabminderungen vorzuschlagen:

Der Okkupationskredit wäre um	503 000 fl.
der Titel VII des Extraordinariums, Beschaffung von Trainmaterial um	50 000 fl.
der Titel IX Anschaffung tragbarer Zelten um	690 000 fl.
herabzusetzen, so daß ein Betrag von 360 000 fl., was einer Anschaffung von 40 000 Zelten gleichkäme, hiefür erübrigen würde, endlich Titel VIII Beschaffung neuer Proviantfuhrwerke unverändert zu belassen.	

Wenn diese Ansätze angenommen werden, so würde der Abstrich betragen, u. zw.

im Ordinarium	3 757 917 fl.
im Extraordinarium	3 844 751 fl.
im Okkupationskredite	503 000 fl.
endlich Ersparnis bei Nachtragskrediten	19 480 fl.
somit im ganzen	<u>8 125 148 fl.</u>

Gegenüber der präliminierten Mehrforderungen von 11 736 742 fl. ergibt sich demnach ein Mehrerfordernis von 3 611 594 fl.

Der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay stellt für die nächsten Jahre eine weitere Reduzierung des Okkupationskredites um etwa 100 000 bis 200 000 fl. in Aussicht, falls die beiden Regierungen einer Modalität zustimmen würden, welche auf die Bestreitung der Quartiergelder aus bosnischen Landesfinanzen abzielt.

Der kgl. ung. Finanzminister Wekerle bringt neuerdings die Verteilung der Anschaffungskosten für neue Proviantfuhrwerke, Titel VIII auf drei Jahre in Anregung.

Der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer erwidert, daß er auf eine Herabminderung des angeforderten Betrages nicht eingehen könne, da die Beschaffung des Trainmaterials unumgänglich notwendig sei.

Der k. k. Finanzminister Steinbach fragt an, ob die Einstellung des Betrages von 912 350 fl. für diesen Zweck zur Folge habe, daß im nächsten Jahr unbedingt dieselbe Summe eingestellt werden muß, oder ob die späteren Raten nicht auch geteilt werden könnten. Der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer bezeichnet es als nicht ausgeschlossen, daß später kleinere Raten eingestellt werden. Es müsse nur unbedingt ein Anfang gemacht werden; wenn dann der Ankauf im großen gesichert ist, werde sich vielleicht eine Ermäßigung erzielen lassen.

Es wird zur Beratung des modifizierten Marinebudgets übergangen.

Der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Stern-eck erklärt sich bereit, einen Abstrich von 653 030 fl. vorzunehmen, so daß sich das Mehrerfordernis gegenüber dem Vorjahre auf 449 966 fl. belaufen würde. Nachdem der k. u. k. Reichskriegsminister sich für die Annahme dieses restringierten Betrages ausgesprochen, erhält derselbe die Zustimmung der Konferenzteilnehmer.

Der kgl. ung. Finanzminister Wekerle macht darauf aufmerksam, daß mit Einrechnung der Nachtragskredite die gesamte Mehranforderung sich noch immer über 5 Millionen belaufen würde. Es wäre deshalb nochmals in Erwägung zu ziehen, ob das Remontendepot nicht doch gestrichen werden könnte.

Der k. u. k. Sektionschef Ritter v. Röckenzaun hebt hervor, daß der Nachtragskredit im Heeresbudget nur durch die Preissteigerung in den Verpflegsartikeln verursacht wurde und daß in den Delegationen selbst der Wunsch ausgesprochen worden sei, bei dem nächstjährigen Präliminare auf diesen Faktor Bedacht zu nehmen.

Der k. k. Ackerbauminister Graf Falkenhayn und der k. k. Finanzminister Steinbach sprechen sich für die Beibehaltung des einen Remontendepots aus.

Der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Szapáry gibt die Erklärung ab, daß die kgl. ung. Regierung auf ein Mehrerfordernis, welches den Betrag von 4 Millionen übersteige, in keinem Fall eingehen könne; es möge also versucht werden, vielleicht doch im Titel VIII Anschaffung von Proviantfuhrwerken eine Herabminderung eintreten zu lassen.

Der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer erklärt sich außerstande, ein weiteres Zugeständnis zu machen.

Behufs Beseitigung der noch obwaltenden Differenz von etwa 60 000 fl. spricht der k. u. k. gemeinsame Finanzminister Kállay seine Bereitwilligkeit aus, diesen Betrag auf den Etat der bosnischen Landesverwal-

zung zu übernehmen, wogegen der Okkupationskredit um ebensoviel herabzumindern wäre.

Die Konferenz erklärt sich mit dieser Modalität einverstanden, und nachdem gegen die Einstellung der weiteren in suspenso belassenen Kosten keine Einwendung erhoben wird, erscheint rücksichtlich aller Voranschläge für die gemeinsamen Angelegenheiten eine vollständige Einigung erzielt.

Was den Termin für den Zusammentritt der Delegationen anbelangt, so sprechen sich die beiden Ministerpräsidenten über Aufforderung des Vorsitzenden übereinstimmend dahin aus, daß Sr. Majestät die Einberufung der Delegationen etwa für <sup>a</sup>die zweite Hälfte<sup>a</sup> September vorzuschlagen wäre.

Der Vorsitzende bringt schließlich die Frage des Ankaufes eines Palais für die Botschaft in London neuerdings zur Sprache und gibt der Konferenz von den Propositionen Kenntnis, welche diesfalls seitens der Interessenten gemacht wurden. Demnach würden sich die Ankaufskosten auf etwa 600 000 fl. belaufen.

Rücksichtlich der Beschaffung dieses Betrages <sup>b</sup>erklären sich die beiden Finanzminister damit einverstanden, daß der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay<sup>b</sup> den nötigen Betrag aus den Zinsen der gemeinsamen Aktiven vorstrecke, die entfallende Verzinsungs- und Amortisierungsquote sowie einen entsprechenden Betrag für die Instandhaltung des Gebäudes, etwa 9000 fl., wäre dann alljährlich in das Budget des Ministeriums des Äußern einzustellen. <sup>c</sup>Für die Herstellung des Sommerpalais in Jeniköi wäre nach genauer Feststellung der Pläne und Kosten in analoger Weise vorzugehen, wozu die Minister schon im vorhinein die prinzipielle Zustimmung aussprechen.<sup>c</sup>

Die beiden Ministerpräsidenten erklären sich mit diesem Vorgang prinzipiell einverstanden.

Die Sitzung wird sohin geschlossen.

Kálnoky

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen.  
Wien, 20. Juni 1892. Franz Joseph.

## Nr. 60 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 9. Mai 1892

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der k. u. k. gemeinsame Minister des Äußern Graf Kálnoky (o. D.), der k. k. Ministerpräsident Graf Taaffe (16. 5.), der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Szapáry (14. 6.), der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay (17. 5.), der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer (17. 5.), der k. k. Ackerbauminister Graf Falkenhayn (18. 5.), der kgl. ung.

a-a Korrektur Kálnokys aus den 20.

b-b Korrektur Kálnokys aus erklärt der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay dazu bereit.

c-c Einfügung Kálnokys.